# Ernüchterung, Erfolg, Erleichterung

## Zur Amtszeit von Javier Pérez de Cuéllar (1982–1991)

DONALD H. SHANNON

Zu Beginn seiner Amtszeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen erlebte Javier Pérez de Cuéllar eine demütigende Niederlage in Lateinamerika; mit einem strahlenden Sieg in El Salvador gelang es ihm zehn Jahre später, die Fackel standesgemäß an seinen Nachfolger Boutros Boutros Ghali weiterzureichen. Tatsächlich handelte es sich sogar um eine veritable Erfolgssträhne, von den Ansätzen zu einem wirklichen Waffenstillstand in Jugoslawien bis zur Freilassung sämtlicher Geiseln – mit Ausnahme der deutschen – in Libanon; doch dürfte die in letzter Minute geglückte Unterzeichnung der Friedensvereinbarung, die den seit 12 Jahren andauernden Bürgerkrieg in El Salvador beendete, gerade einem Lateinamerikaner den Abgang besonders versüßt haben. Eben weil seine Heimatregion und selbst sein Heimatland Pérez de Cuéllar nur spärlichen Respekt gezollt hatten, bildete diese letzte Amtshandlung des Peruaners – deren Abschluß sich auf dramatische Weise sogar über die Stunde des Jahreswechsel 1991/92 hinaus verschob – ein überaus befriedigendes Gegenstück zum Scheitern seiner Vermittlungsbemühungen im Falklandkonflikt zu Beginn seiner Amtszeit 1982.

*Zwischen Waldheim und Salim*

Nur wenige werden noch in Erinnerung haben, daß Pérez de Cuéllar ein absoluter Außenseiterkandidat war, bevor ihn der Sicherheitsrat am 11.Dezember 1981 mit seiner Resolution 494 einstimmig der Generalversammlung zur Berufung in das Amt des Generalsekretärs empfahl. Seine Ernennung bedeutete eine bittere Enttäuschung für den Österreicher Kurt Waldheim, der als erster Generalsekretär der Vereinten Nationen (und zunächst mit guten Erfolgsaussichten) eine dritte fünfjährige Amtszeit angestrebt hatte, was nur dadurch vereitelt wurde, daß China darauf insistierte, daß nach diesem dritten Europäer ein Kandidat aus der Dritten Welt an der Spitze der Weltorganisation zu stehen habe. Der aussichtsreichste Bewerber aus den Reihen der Entwicklungsländer, der Tansanier Salim Ahmed Salim, wurde durch ein amerikanisches Nein gestoppt (Salim hatte die Todsünde begangen, zehn Jahre zuvor den Einzug der Vertreter Beijings in die UN mit einem Freudentanz im Gang des Kuppelsaals der Generalversammlung zu feiern; das gleiche Ereignis war vom damaligen US-Vertreter bei den Vereinten Nationen – und späteren De-facto-Botschafter im Reich der Mitte –, George Bush, mit dem Attribut »Tag der Schande« bedacht worden). Wie aus dem Nichts betrat daraufhin ein unbekannter peruanischer Diplomat, der zudem nur wenige Jahre im Dienst der Weltorganisation gestanden hatte, die Arena und ging als Sieger hervor.

»Ich bin Peruaner, und ich kann und darf mich nicht davon freimachen, daß ich aus einem Entwicklungsland komme und dieses fast mein ganzes Berufsleben hindurch als Diplomat vertreten habe«,

sagte Pérez de Cuéllar in seiner Erklärung, mit der er die Wahl annahm; er spielte damit auf die »entmutigenden Bemühungen« als einstiger Vorsitzender der ›Gruppe der 77‹ an, »einen neuen Ansatz in der internationalen Politik zustandezubringen«.

Obwohl er eigentlich in der Schuld der Amerikaner stand – denn diese hatten ja die Wahl Salims verhindert –, hatte der designierte Generalsekretär den Mut, sich zur Vision einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu bekennen und damit zum »Recht auf eine gerechtere Verteilung von Reichtum und sozialer Wohlfahrt« zwischen dem Norden und dem Süden. Eine Durchsetzung eben dieses Konzepts mittels der Weltorganisation versuchten die Vereinigten Staaten und die anderen westlichen Industrieländer, allen voran die wirtschaftspolitisch stets konservative westdeutsche Regierung mit ihrem UN-Botschafter Rüdiger Freiherr von Wechmar, zu hintertreiben.

*Das Malwinen-Debakel*

Ernüchtert durch die wachsende Erkenntnis, daß seinen erklärten Hoffnungen auf weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt die Erfüllung versagt bleiben würde, sah der neue Generalsekretär unversehens eine Chance, zu politischem Starruhm zu gelangen: Als der seit langem schwelende Streit zwischen Großbritannien und Argentinien um die Falklandinseln (Malwinen) in einen der skurrilsten Kriege der Geschichte umschlug, sah er die Gelegenheit, einer kleinen Nation in der militärischen Auseinandersetzung mit einer Großmacht zur Seite zu stehen. Während sich schon eine aus britischen Passagierdampfern und gecharterten Frachtern zusammengetrommelte Operettenarmada auf den Weg über den Atlantik machte, versuchte Pérez de Cuéllar, den zur Unvernunft wild entschlossenen Kriegführenden – auf der einen Seite die kräftig auftrumpfende Knattercharge Margaret Thatcher, auf der anderen Seite Präsident Leopoldo Galtieri, ein Hanswurst mit Epauletten – Vernunft beizubringen.

Inmitten seiner Bemühungen um Friedensstiftung wurde Pérez de Cuéllar freilich im Handumdrehen von der versierten britischen Diplomatie ausmanövriert, die mit Erfolg die Verabschiedung der Entschließung 502(1982) des UN-Sicherheitsrats betrieb, in der Argentinien auf Grund seiner militärischen Besetzung dieser entlegenen Inseln deutlich die Rolle des Ag-

---

*Autoren dieser Ausgabe*

*Dr. Ernst-Otto Czempiel, geb.1927, ist Professor für Auswärtige und Internationale Politik an der Universität Frankfurt. Seit 1970 auch Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).*

*Lothar Koch, geb.1936, ist Referent im Referat ›Haushalts- und Finanzfragen der Vereinten Nationen sowie ihrer Unter- und Sonderorganisationen‹ im Bundesministerium der Finanzen in Bonn.*

*Armin Plaga, geb.1962, ist Sachbearbeiter im Referat ›Haushalts- und Finanzfragen der Vereinten Nationen sowie ihrer Unter- und Sonderorganisationen‹ im Bundesministerium der Finanzen in Bonn.*

*Alexandra Senfft, geb.1961, Islamwissenschaftlerin, arbeitet als Fernsehredakteurin und freie Journalistin in Hamburg. Davor war sie eineinhalb Jahre beim UNRWA tätig, zuletzt als Pressesprecherin im Gazastreifen.*

*Donald H. Shannon, B.A. (Stanford), geb.1923, war 1954–1991 Korrespondent der ›Los Angeles Times‹. 1971–1976 berichtete er direkt vom Sitz der UN in New York, danach beobachtete er ihre Tätigkeit von Washington aus.*

*Dr. Udo Ernst Simonis, geb.1937, Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin, gehört seit 1988 dem UN-Ausschuß für Entwicklungsplanung an und leitete dort eine Arbeitsgruppe zur Frage von Entwicklung und Armut.*

gressors zugewiesen wurde. Unter der Führung ihres frischgebackenen Präsidenten Ronald Reagan schlugen sich die zunächst zögernden Vereinigten Staaten – unschlüssig, ob sie sich der Neuen oder der Alten Welt gegenüber loyal zeigen sollten – schließlich auf die Seite des Mutterlandes; Pérez de Cuéllar durfte dies alles dann ausbaden.

Ohnmächtig und frustriert mußte der Generalsekretär zusehen, wie der anfänglich eher in Kategorien der Satire zu begreifende Krieg in ein tatsächlich und noch dazu grausames Blutvergießen ausartete. Die lateinamerikanischen Länder und andere Staaten der Dritten Welt, die trotz der Militärregierung in Buenos Aires mit Argentinien sympathisierten, stempelten ihn zum Verräter ab, obwohl ihnen klar sein mußte, daß er auf das weitere Geschehen keinerlei Einfluß mehr hatte. Lange Zeit lag der Schatten des Falkland-Debakels über dem 38.Stockwerk, dem Büro des Generalsekretärs im Glaspalast am East River; der politische Tatendrang kam erst einmal zum Erliegen.

*Schwachpunkt Medienimage*

Will man den Beobachtungen einiger UN-Bediensteter Glauben schenken,so spricht einiges dafür, daß die damaligen Anstrengungen eines 24-Stunden-Tages als Vermittler bei Pérez de Cuéllar den ersten einer Reihe von kleinen Schlaganfällen auslösten, die die teilweise Lähmung seiner Gesichtsmuskulatur nach sich zogen und seine ohnehin bestehenden Schwierigkeiten, sich in Englisch auszudrücken, noch vertieften. Es wurde zunehmend schwieriger, einige Schnipsel Originalton in die Abendnachrichten der TV-Stationen einzublenden; im Zeitalter des Fernsehens im ausgehenden 20.Jahrhundert ist derlei für die Imagepflege nun einmal wichtig.

Die quälenden Erfahrungen im Konflikt um die Falklandinseln respektive Malwinen rufen einen ähnlich mißglückten Versuch des damaligen UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim in Erinnerung, eine Großmacht in die Schranken des Völkerrechts zu weisen. Der Österreicher, ebenfalls erst kurz zuvor ins Amt gewählt, hatte seinerzeit die Tollkühnheit besessen, angesichts der behaupteten Bombardierung nordvietnamesischer Deiche durch US-amerikanische Flugzeuge mit dem Ziel, wertvolles Ackerland zu überfluten, Besorgnis zu äußern; damit forderte er die Schelte des gefürchteten Richard Nixon und einen drohenden Hinweis auf den finanziellen Hebel Washingtons heraus, was ihn über Monate hinweg zum Schweigen brachte.

Während Pérez de Cuéllar noch über die Risiken im Umgang mit den Großmächten nachdachte, mußte er sich mehr und mehr mit der immer deutlicher zutage tretenden Finanzkrise der Weltorganisation beschäftigen. Als früherer Untergeneralsekretär für besondere politische Angelegenheiten war er sich der angespannten Haushaltslage in ganz besonderem Maße bewußt; ihm ist es zu danken, daß er die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen von Beginn seiner Amtszeit an immer wieder auf das Problem stieß. Die Geldschwierigkeiten der Weltorganisation wurden noch durch die fatale Neigung der Regierung Reagan verschlimmert, als Ausdruck des Mißfallens gegenüber bestimmten UN-Aktivitäten fällige Pflichtbeiträge zurückzuhalten; diese Haltung gipfelte schließlich im noch immer nicht zurückgenommenen Austritt der USA aus der UNESCO und in Beitragsrückhaltungen, die es den Vereinten Nationen um ein Haar unmöglich gemacht hätten, die Gehälter der UN-Bediensteten auszuzahlen.

*Pluspunkt Geduld*

Mit jener Geduld, die von jeher sein Markenzeichen war, gelang es Javier Pérez de Cuéllar, die Organisation durch Improvisieren leidlich über Wasser zu halten; schließlich kam der Tag, an dem Michail Gorbatschow, an dem der Glanz von Glasnost und Perestroika das Eis des Kalten Krieges schmelzen ließen. Wie die Berliner Mauer fiel auch die unsichtbare Wand, an der sich die Vereinten Nationen über 40 Jahre lang gestoßen hatten, an dem Tag, an dem zwei verfeindete Supermächte miteinander ins reine kamen (und schließlich nur eine übrigblieb). Ganz im Gegensatz zum sprichwörtlichen Temperament eines Lateinamerikaners legte Pérez de Cuéllar in seiner Zeit als UN-Generalsekretär eine fast britische Reserviertheit an den Tag. Seine Mitarbeiter erinnern sich noch an jenen Verbalangriff auf die Weltorganisation, als der seinerzeitige New Yorker Bürgermeister Edward I. Koch Anfang 1982 nach einer Verurteilung Israels durch die UN-Generalversammlung die Vereinten Nationen als »Latrinengrube« beschimpfte; Pérez de Cuéllar verkniff sich eine Entgegnung und sagte lediglich ein geplantes Mittagessen mit dem hitzigen Bürgermeister ab.

In einem Interview mit dem Verfasser dieses Beitrags erklärte er damals, daß er es nicht für notwendig erachte, die Existenz der Vereinten Nationen rechtfertigen zu müssen; vielmehr ziehe er es vor, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Bereiche zu lenken, in denen die Organisation die Sache des Friedens voranzutreiben in der Lage sei. In geradezu prophetischer Weitsicht nannte er hier Namibia, das schließlich sogar noch vor dem Ende des Kalten Krieges die Unabhängigkeit erlangen sollte, und Kambodscha, wo erst jüngst Vereinbarungen zwischen den Bürgerkriegsparteien erzielt wurden, die einen der schrecklichsten Konflikte der Gegenwart zu beseitigen versprechen. Hoffnung sah er auch für El Salvador, eine Hoff-

*Kaum ein Amt, das so viel Gelegenheit zur Begegnung mit Politikern aus aller Welt bietet wie das des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. So traf Javier Pérez de Cuéllar im letzten Jahr seiner Amtszeit unter anderem mit folgenden deutschen Politikern in New York zusammen: mit Willy Brandt (SPD), der ihm das Memorandum der ›Stockholmer Initiative‹ zur Stärkung der Vereinten Nationen überreichte; mit Otto Graf Lambsdorff (FDP) und mit Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger (CSU). Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) traf er am 1. Juli 1991 in Bonn während seines letzten Deutschlandsbesuchs als Generalsekretär.*

nung, die zu dieser Zeit keineswegs allenthalben geteilt wurde. Eine weniger optimistische, aber nicht minder zutreffende Einschätzung gab der Peruaner zu Libanon ab, der »am meisten spannungsgeladenen Region der Welt«, für die er eine Lösung nur »in weiter Ferne« erkennen konnte – was sich bis heute bewahrheitet hat. In bezug auf Afghanistan war sich Pérez de Cuéllar, der zuvor als Persönlicher Beauftragter des damaligen Generalsekretärs Waldheim für diesen Konflikt im Einsatz war, der immensen Schwierigkeiten auf dem Weg zu dauerhaftem Frieden auch nach einem möglichen Abzug der sowjetischen Truppen – der später ja erfolgt ist – bewußt. Die Zypernfrage, eines der am längsten bei der Weltorganisation anhängigen Probleme, zudem ein weiterer Konfliktherd, mit dem Pérez de Cuéllar aus eigener Anschauung als UN-Sonderbeauftragter vertraut war, ist noch immer ungelöst – wie er es damals in seinem Interview vorausgesehen hatte.

Die traumatischen Erfahrungen hinsichtlich des Falklandkonflikts blockierten für die nächsten drei Jahre jegliches spontane Hervortreten des neuen Generalsekretärs, zumal sich seine Beziehungen zu Washington verschlechterten. Der Tiefpunkt seiner Amtszeit war wohl mit dem von der Regierung Reagan vollzogenen Austritt aus der UNESCO 1983 erreicht. Erst ab 1985, nachdem Washingtons Vertreterin Jeane Kirkpatrick, eine besonders ruppige Kritikerin der Weltorganisation, von dem pragmatischeren General Vernon Walters abgelöst worden war, besserte sich das Verhältnis. Als im Jahr darauf die Haushaltskrise der Vereinten Nationen ihren Höhepunkt erreicht hatte, machte Pérez de Cuéllar den Vorschlag, daß der seit 1972 bei 25 Prozent liegende Beitragssatz der Amerikaner am Haushalt der UN auf 20 Prozent gesenkt werden solle, unter Aufstokkung des Anteils der übrigen vier Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats. Dieser Vorschlag wurde zwar nicht in die Praxis umgesetzt, doch handelten Vernon Walters und die Vertreter anderer westlicher Staaten eine (an anderer Stelle dieses Heftes näher beschriebene) einschneidende Haushaltsreform aus, als Folge derer über die Ausgaben nur im Konsens entschieden werden kann; damit wurde den Hauptbeitragszahlern de facto ein Vetorecht gegenüber der ausgabefreudigen, aber mittellosen Mehrheit der Mitgliedstaaten eingeräumt. Obgleich die US-Regierung mit ihren Beitragszahlungen an die UN nach wie vor hinterherhinkt, ermöglichte es die grundlegende Besserung des Klimas dem Generalsekretär, sich in seiner zweiten fünfjährigen Amtszeit auch anderem als nur dem Geld zuzuwenden.

*UN-Renaissance*

Die vielbeschworene Wiedergeburt der Vereinten Nationen läßt sich wohl auf den Herbst 1988 datieren mit dem gefeierten Auftritt Michail Gorbatschows – Betreiber und Symbolfigur des Wandels in der Sowjetunion – vor der 43.Tagung der Generalversammlung, dessen Gipfeltreffen mit Ronald Reagan und der Verleihung des Friedensnobelpreises an die UN-Friedenstruppen am 10.Dezember des gleichen Jahres. Und unmittelbar vor Beginn der 43.Tagung hatte Pérez de Cuéllar es geschafft, Irak und Iran zu Verhandlungen über die Beendigung des bereits acht Jahre andauernden Ersten Golfkriegs an einen Tisch zu bringen. Vor Reportern verkündete er nicht ohne Stolz:

»Wir haben uns immer das Ziel vor Augen gehalten: den Frieden. Wir haben Kritik und manchmal sogar Verachtung ertragen, und wir haben durchgehalten; was wir jetzt sehen, mag sehr wohl der Beginn einer konstruktiveren Phase in den internationalen Beziehungen sein.«

Zu Recht wies er darauf hin, daß der arabisch-israelische Konflikt einer Lösung so fern war wie eh und je, doch mit einiger Befriedigung zeigte er auf die ersten Schritte in Richtung Frieden in Sachen Afghanistan, Kambodscha und Westsahara. Und gleichermaßen realistisch hob er das verbesserte Klima in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hervor; zuvörderst dieses habe dazu beigetragen, den Stellvertreterkriegen, mit denen die Welt seit Ende des Zweiten Weltkriegs geschlagen war, ein Ende zu bereiten.

Wenn auch die US-Intervention in Panama im Dezember 1989 – als sich die Vereinigten Staaten hochnäsig in ihrer Rolle als Polizist im karibischen Hinterhof gefielen – einen sich wiederum in Lateinamerika zutragenden Rückschritt auf dem Weg zum Weltfrieden bedeutete, so bestätigten doch die sich überschlagenden Ereignisse in Osteuropa das Ende des Kalten Krieges. Pérez de Cuéllar versuchte sogar, die allgemeine Euphorie etwas zu dämpfen, indem er die Generalversammlung daran erinnerte, daß die Völkergemeinschaft trotz des Abbaus politischer Spannungen noch »gewaltige soziale Probleme« anzugehen habe: eine sich verschlechternde Umwelt, den zunehmenden Drogenhandel, die weltweite Bedrohung durch Aids und den weiter fortbestehenden internationalen Terrorismus. Wie es bei Aufrufen zum Handeln hinsichtlich sozialer Probleme üblich ist, ignorierte die Generalversammlung seinen Appell, wie sie sich auch gegenüber seiner Mahnung, daß Friedenstruppen auch finanziert sein wollen, außerordentlich schwerhörig zeigte.

»Die gesamte internationale Gemeinschaft klatscht Beifall«, klagte der grauhaarige, bebrillte Diplomat in der für ihn charakteristischen Weise, »doch wäre es mir lieber, wenn alle einfach ihre Pflicht täten, nämlich ihre Beiträge zu den friedenserhaltenden Operationen zu leisten«.

*Die Hinterlassenschaft*

Wenn auch sein letztes Amtsjahr als Generalsekretär der Vereinten Nationen durch das Scheitern seiner Bemühungen, den Krieg am Golf noch abzuwenden, getrübt wurde, so kann Pérez de Cuéllar doch einen gewissen Trost aus der Tatsache ziehen, daß sich die nunmehr einzige verbliebene Supermacht mit Sorgfalt des Mechanismus des UN-Sicherheitsrats bediente,

um vereinten Druck auf Saddam Hussein auszuüben und ihn zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen. Wiederholt hat US-Präsident Bush das fehlende Mandat des Sicherheitsrats angeführt, wenn er dafür gescholten wurde, daß es ihm nicht gelungen ist, Saddam Hussein zu entmachten; auch wenn der wahre Grund hierfür eher seine eigene Unentschlossenheit gewesen sein dürfte, so belegt dies doch, daß es – für die einzige Supermacht wie auch für andere Staaten – opportun zu sein scheint, den durch die Weltorganisation gegebenen Rahmen zu nutzen. Auch die wenig attraktive Aufgabe der Durchsetzung der gegen Irak verhängten Wirtschaftssanktionen hat der Sicherheitsrat übernommen; damit entband er die Amerikaner von der alleinigen Verantwortung dafür, der irakischen Zivilbevölkerung große Opfer aufzubürden.

Obgleich er niemals die Aura und das Charisma eines Dag Hammarskjöld erlangte – jenes zum Märtyrer entrückten schwedischen Diplomaten, dem alle auf ihn folgenden Generalsekretäre nachzueifern suchten –, konnte der geduldige und beharrliche Peruaner eine Vielzahl von Erfolgen verbuchen, wie sie wahrscheinlich keinem der nachfolgenden Generalsekretäre vergönnt sein werden. Jedenfalls nicht seinem direkten Nachfolger Boutros Boutros Ghali, der – wie er schon mitgeteilt hat – für eine zweite Amtszeit ohnehin nicht zur Verfügung stehen wird und der höchstwahrscheinlich die meiste Zeit damit verbringen muß, für die diversen friedenserhaltenden Operationen, die die Weltgemeinschaft in bemerkenswerter Übereinstimmung beschlossen hat, Geld aufzutreiben.

Eine weitere Aufgabe Boutros Ghalis wird es sein, die Strukturreform des Sekretariats, die Pérez de Cuéllar – zugegebenermaßen nicht gerade ein begnadeter Verwaltungsfachmann – nicht zuwege gebracht hatte, ins Werk zu setzen. Gemäß einem im vergangenen Jahr im Kreis der Mitgliedstaaten entstandenen Konzept sollen eines Tages nur vier Stellvertretende Generalsekretäre berufen werden, die für die Haupttätigkeitsfelder der Weltorganisation Verantwortung tragen sollen: für den Bereich Politik und Sicherheit, für Wirtschaft und Entwicklung, für Sozialfragen und humanitäre Angelegenheiten und schließlich für die Verwaltung. Bisher wurden diese zentralen Aufgabenbereiche mehr oder weniger nach dem Zufallsprinzip auf eine ganze Reihe von Untergeneralsekretären und Beigeordneten Generalsekretären verteilt, deren Aufgaben künftig den vier neuen Hauptabteilungen zugeordnet werden sollen. Ein weiteres herausstechendes Manko in der Struktur des Sekretariats ist – zumindest in den Augen des weiblichen Teils der rund 10 000 Mitarbeiter des internationalen öffentlichen Dienstes – die Tatsache, daß unter den Bediensteten der höheren Ränge nur verschwindend wenig Frauen sind; auch hier hat Pérez de Cuéllar wenig unternommen, dies zu ändern. Während seiner zehn Dienstjahre gab es nur drei weibliche Untergeneralsekretäre; hinsichtlich der Positionen der Beigeordneten Generalsekretäre sah es nicht besser aus.

Trotz seiner Unzulänglichkeiten in diesem und anderen Verwaltungsbereichen ließ ein Großteil des Personals beim Abschied Pérez de Cuéllar erkennen, daß es ihm echte Zuneigung entgegenbrachte: »Ich glaube, alle wußten seine Aufrichtigkeit, seine Integrität zu schätzen« war von einem engen Mitarbeiter zu hören. Selbst kritischer eingestellte Sekretariatsbedienstete räumten ein, daß der ausscheidende Generalsekretär die Chancen dann, wenn sie sich ihm boten – auch wenn sie eher dem Weltgeist als seinem eigenen Genius zu verdanken waren – optimal zu nutzen verstand.

Auf sein künftiges Leben, das er teils in seinem Heim in Peru, teils in seinem Genfer Haus verbringen will, wird Pérez de Cuéllar, wie er bei der am 1.Januar 1992 zu früher Stunde erfolgten Unterzeichnung des salvadorianischen Friedensabkommens aufseufzte, »leicht wie eine Feder« zugehen können.

# Zwischen Intifada und Besatzung

## Gegenwärtige Aufgaben und Probleme des UNRWA

ALEXANDRA SENFFT

Die internationale Nahostkonferenz, unter Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten und der damaligen Sowjetunion nach jahrelangen Bemühungen endlich am 30.Oktober 1991 in Madrid eröffnet und im Dezember in Washington sowie im Januar 1992 in Moskau fortgeführt, ist der Beginn eines neuen Kapitels in der bewegten Geschichte des Nahen Ostens. Die Konfliktparteien Israel, Palästina, Syrien, Jordanien und Libanon, die sich mehr oder minder freiwillig bereit erklärt hatten, an dieser Konferenz teilzunehmen, stehen an einem Scheideweg. Diese Verhandlungen bieten einerseits die historische Chance, jahrzehntelange Konflikte im Nahen Osten beizulegen, andererseits droht jedoch auch die Gefahr, daß Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Seiten weitaus größere Konflikte – und neue Kriege – verursachen könnten.

Diejenigen, die durch die Nahostkonferenz am meisten zu gewinnen oder zu verlieren haben werden, sind die Palästinenser. Angesichts der veränderten Weltlage und im Zuge des Golfkriegs war ihnen keine andere Wahl geblieben, als sich – sogar ohne irgendwelche Vorbedingungen – an der Konferenz zu beteiligen. Die berechtigte Befürchtung, ihr Dasein als Volk ohne Staat könnte durch eine Autonomieregelung, in der Israel der Souverän bliebe, von dieser Konferenz als Dauerzustand besiegelt werden, wiegt bislang schwerer als die Hoffnung, der israelischen Okkupation ein Ende setzen zu können und einen eigenen Staat zu gründen.

Die nunmehr seit fast 25 Jahren unter einer Besatzungsmacht lebenden Palästinenser in den im dritten Nahostkrieg von Israel eroberten Territorien haben in Madrid erstmals ihren Besatzern gleichberechtigt gegenübergesessen und erhielten, wenn auch in die jordanische Delegation eingebunden, die gleiche Redezeit. Sie verstanden es, ihre Auftritte erfolgreich zu nutzen, und errangen damit weltweit Sympathien. In dieser Hinsicht konnten die Palästinenser also bereits kleine Erfolge verbuchen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Prozeß, auf den sie sich eingelassen haben und dessen Ausgang sie nicht voraussagen können, langwierig und voller Hindernisse sein wird. Übersehen werden sollte auch nicht, daß die Frage von palästinensischer Autonomie oder Staatlichkeit keineswegs das einzige Problem darstellt, das noch ungelöst ist. Von zentraler Bedeutung ist nach wie vor das Schicksal der Palästinaflüchtlinge, das die Weltorganisation bereits seit mehr als vier Jahrzehnten beschäftigt.

### DIE FLÜCHTLINGSFRAGE

Im Schatten des Konferenztrubels arbeitet das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)[1] weiterhin unermüdlich daran, seine Klientel im rauhen Alltag zu unterstützen. Am 8.Dezember 1949 durch die Resolution 302(IV) von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen, nahm das Hilfswerk am 1.Mai 1950 seine Arbeit im Nahen Osten auf. Rund 750 000 Palästinenser hatten zwei Jahre zuvor durch den arabisch-israelischen Krieg ihre Existenzgrundlage verloren und waren aus dem Ge-